

Ostholsteinbrief

WINTER 2014

NUMMER 35

5. JAHRGANG

WWW.SPD-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



ich wünsche euch allen ein frohes und gesundes neues Jahr. Mögen eure Wünsche und Ziele in Erfüllung gehen. Und das bei bester Gesundheit. Auch für die SPD und speziell für die SPD in Ostholstein wünsche ich mir, dass wir unsere Ziele erreichen werden. Da stehen viele Positionen auf der To-do-Liste. Zu allererst natürlich die Europawahl.

Am 25. Mai 2014 wird das europäische Parlament gewählt. Für die SPD steht der Spitzenkandidat Martin Schulz und für Schleswig-Holstein Ulrike Rodust (Listenplatz 12) und auch Enrico Kreft (Listenplatz 31) zur Wahl. Sich für diesen Wahlkampf ins Zeug zu legen lohnt sich. Die konservative Mehrheit muss gebrochen werden. Sie ist im wesentlichen Schuld an der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in der EU. Sie hat die hohe Arbeitslosigkeit in Spanien, Italien und Griechenland zu verantworten. Mit unseren Vorschlägen z.B. gegen die Jugendarbeitslosigkeit in der EU kann die Wende geschaffen werden. Deshalb hat der Kreisvorstand ein eigenes Wahlkampfteam gebildet, das den ostholsteinischen Wahlkampf koordinieren

wird. Aber wir brauchen die Unterstützung jeder Genossin und jedes Genossen. Bitte bringt euch ein.

Wir haben Anfang Februar unseren Neujahrsempfang gefeiert. Unsere Bildungsministerin Wara Wende war unsere Gastrednerin. Es war eine tolle Veranstaltung. Viele verschiedene Gäste und sehr gute Gespräche. Ich danke allen, die zum Gelingen beigetragen haben. ■

Mit roten Grüßen
Euer

Lars Winter MdL,
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Wahlkampfteam	1
Ulrike Rodust	
Europa neu denken	2
Enrico Kreft	
Sozialunion	3
SPD Bundesliste	3
Regina Poersch	
SH und Europa	4
Geburtsstation	
Oldenburg	5
Burkhard Klink	
Sozialabbau	6
Impressum	6
Niclas Dürbrook	
Jusos ... viele Pläne	7
Gisela Teuchert-Benker	
AsF Jahresplanung	8
Wettbewerb	8
Neujahrsempfang 2014	9

EUROPAWAHLKAMPF 2014 WAHLKAMPFTEAM



Der Kreisvorstand hat ein Team für die Organisation des Europawahlkampfes gebildet. Dem Team gehören Regina Poersch (Eutin), Niclas Dürbrook (Scharbeutz), Hansjörg Thelen (Bad Schwartau), Jan Jensen (Stockelsdorf), Jan-Marco Höppner (Damlos), Julian Stange (Bad Schwartau) und ich selbst (Beschendorf) an. Ich selbst habe an dem ersten Wahlkampfworkshop von unserer Kandidatin, Ulrike Rodust (MdEP) am 1. Februar in Rendsburg teilgenommen, um dicht an der Wahlkampforganisation dran zu sein.

Da der Ostholsteinbrief auch öffentlich zu lesen ist, möchte ich den politischen Mitbewerbern natürlich nicht zu viele Informationen geben. Doch so viel kann und möchte

ich euch mitteilen. Die SPD Ostholstein wird sich sehr stark in diesem Wahlkampf engagieren. Wir werden unsere Spitzenkandidaten mindestens ein Mal im Kreis für verschiedene Aktionen begrüßen können. Weiterhin wollen wir viele Aktionen auf den Marktplätzen der größeren Städte durchführen. Selbstverständlich soll kreisweit plakatiert werden.

Die Sitzungen des Wahlkampfteams werden mitgliederöffentlich sein, so dass sich Jede und Jeder einbringen kann. Gemeinsam sind wir stark. ■

Lars Winter
Kreisvorsitzender

ULRIKE RODUST, SPITZENKANDIDATIN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

EUROPA NEU DENKEN



Vor Europa liegen spannenden Monate. In der zweitgrößten demokratischen Wahl der Welt sind im Mai 400 Millionen Menschen aufgerufen, die 751 Europa-Abgeordneten zu wählen, die in den kommenden fünf Jahren über den Kurs der europäischen Politik bestimmen.

Die Wahl am 25. Mai ist die wichtigste Europawahl seit langem und sie ist so attraktiv wie selten eine zuvor.

Nach dem Vertrag von Lissabon entscheiden die Wählerinnen und Wähler nämlich erstmals auch darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Und die Chancen sind gut, dass es mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat wird. Um das zu erreichen, muss es uns in den nächsten Monaten gelingen, die Bedeutung dieser Wahlen zu vermitteln, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und Europa-Skeptikern entgegenzutreten.

Gerade für die SPD bedeuten Europawahlkämpfe immer besondere Herausforderungen. Die Beteiligung an den Europawahlen ist allgemein stark rückläufig – 2009 lag sie in Deutschland bei gerade einmal 43 Prozent. Besonders uns Sozialdemokraten ist es dabei zuletzt immer schwerer gefallen, unsere Stammwählerschaft zu mobilisieren. 2009 gaben uns bundesweit nur rund 5,4 Millionen Menschen ihre Stimme. Dass das Potenzial viel höher wäre, zeigen die absoluten Stimmanteile bei den Bundestagswahlen. Durch einen Wahlkampf, der ehrlich ist und Probleme und Chancen der EU offen anspricht, muss es uns gelingen, die Stammwähler der SPD besser zu mobilisieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben aus gutem Grund schon immer für die europäische Einigung gestritten. Die Idee, dass Staaten und Völker über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, begleitet uns durch unsere 150jährige Geschichte. Sie bleibt dabei gleichermaßen Antwort auf Jahrhunderte des Krieges und der Zerstörung wie auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa hat Chancen, soziale und ökologische Standards und Grundrechte gegen den Wettbewerbsdruck zu verteidigen.

Ich freue mich, erneut als Spitzenkandidatin der schleswig-holsteinischen SPD in diesen wichtigen Europawahlkampf starten zu dürfen. Ich freue mich darauf, mit eurer Unterstützung in Schleswig-Holstein für Europa werben zu können. Ich freue mich darauf, mit den Wählerinnen und Wählern ins Gespräch zu kommen und mit ihnen die Chancen und Erfolge europäischer Politik ebenso zu diskutieren wie ihre Probleme. Letzteres geht auch einher mit der Erkenntnis, dass auch wir Fehler gemacht haben. Die vielen Menschen in unserer Partei, die wie ich zutiefst von der europäischen Idee überzeugt sind, haben Europa immer auf Teufel komm raus verteidigt. Wir haben immer versucht zu

überzeugen. Ich fürchte, dass wir so zu einem generellen Misstrauen gegenüber der EU noch beigetragen haben.

Das Ansehen der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern leidet seit Jahren unter dem Eindruck, dass „Brüssel“ in einer Weise in Lebensbereiche eingreift, die den Menschen als überflüssig und nicht nachvollziehbar erscheint. Viel zu oft erscheint die EU so im Alltag nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Die Folge ist ein massiver Vertrauensmangel in die EU. Deshalb ist es jetzt auch höchste Zeit deutlich zu machen, dass wir ein besseres Europa brauchen. Ein Europa, das auf der Grundüberzeugung beruht, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit einander bedingen. Ein Europa, das sich mehr um seine Bürgerinnen und Bürger kümmert als um das Kapital. Dass Steuergelder nicht dafür verwendet, marode Banken zu retten, sondern dafür, dass junge Leute eine Zukunft haben. Ein Europa, das sich nur um das kümmert, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht besser geregelt werden kann. Ein Europa, das sich den großen Fragen stellt, der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Regulierung der Finanzmärkte, dem Kampf gegen den Klimawandel und für Energie- und Lebensmittelsicherheit sowie der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Ein Europa, das aber auch weiß, dass beispielsweise die Frage der Wasserversorgung in der Hand der Kommunen besser aufgehoben ist.

Wir wollen, dass sich die EU auf die wesentlichen Zukunftsaufgaben konzentriert. Und das wollen wir mit Leidenschaft, Überzeugung und klaren Worten tun. Um das schaffen zu können, brauchen wir eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Denn die Mehrheitsverhältnisse hier bestimmen, mehr als den meisten Menschen klar ist, über ihre Zukunft. Das Europäische Parlament ist schon lange nicht mehr der viel zitierte zahnlöse Tiger: Seit im Jahr 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, treten das Europäische Parlament und der Ministerrat, also die Regierungen der Mitgliedsstaaten, in der Gesetzgebung auf Augenhöhe auf.

In der jetzt ablaufenden Legislaturperiode konnte ich in meinem Arbeitsbereich deshalb sehr erfolgreich für meine politischen Ziele arbeiten. Beispielsweise dafür, dass die EU nach Jahrzehnten verfehlter Politik endlich Schluss machen wird mit der Überfischung unserer Meere. Als Berichterstatterin zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik hatte ich die Position des Europäischen Parlaments zu erarbeiten und in den Verhandlungen mit Rat und Kommission zu vertreten. Mein Fazit hier: Das Europäische Parlament war bei der Reform der Fischereipolitik erstmals gleichberechtigt mit dem Ministerrat an der neuen Gesetzgebung beteiligt und konnte einen echten Politikwechsel durchsetzen. ■

Ulrike Rodust, MdEP



ENRICO KREFT, ZWEITER KANDIDAT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

EUROPA – SOZIALUNION STATT WIRTSCHAFTSUNION

Die europäische Integration, die uns Frieden, Stabilität und Freiheit gewährleistet, ist ein einmaliges politisches Projekt. Bei aller Begeisterung für die europäische Idee gibt es doch aus sozialdemokratischer Sicht Reform- und Entwicklungsbedarf: Aus der Wirtschaftsunion muss eine Sozialunion werden. Ich will drei konkretere Aspekte beschreiben:

Bürgerrechte Die NSA-Abhörpraxis, die durch Edward Snowden öffentlich wurde, treibt mich noch mehr an, mich um die Rechte der BürgerInnen zu kümmern. Jeder Bürger/ jede Bürgerin muss selbst entscheiden können, was mit seinen/ihren Daten passiert – und nicht Geheimdienste oder Wirtschaftsunternehmen. Datenschutz muss in der EU so bewegen und wichtig werden wie Umweltschutz.

Menschenrechte Die europäische Flüchtlingspolitik braucht dringend einen Wandel. Die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik muss sich an der EU-Grundrechte-Charta messen lassen und nicht an den Interessen der nationalen InnenpolitikerInnen. Wir EuropäerInnen haben Verantwortung in der Welt; dazu gehört auch unsere Handels- und Agrarpolitik so umzugestalten, dass das Nord-Süd-Gefälle verschwindet.



Institutionen Das EU-Parlament muss das Herz der europäischen Demokratie werden. Die EU-Kommission muss eine Art europäische Regierung werden, die durch das Parlament gewählt wird. Der Europäische Rat muss in seinen Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Die Bürgerinitiative muss weiter ausgebaut werden.

Weitere Infos und Kontakt www.enrico-kreft.eu ■

ULRIKE RODUST UND ENRICO KREFT STEHEN NICHT AUF DEM STIMMZETTEL

DIE GEMEINSAME BUNDESLISTE DER SPD

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es keine Direktmandate, wie wir sie aus dem Bundes- oder Landtag kennen, sondern es wird ausschließlich eine Liste gewählt. Die SPD tritt mit einer gemeinsamen Bundesliste an, die gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen Deutschlands möglichst gerecht repräsentiert werden. Der bundesweite Spitzenkandidat Martin Schulz (Foto rechts) steht auf Platz 1, die schleswig-holsteinische Spitzenkandidatin, Ulrike Rodust (Foto unten), steht auf Platz 12 der SPD-Bundesliste. Bei zurzeit 23 SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist das ein sehr aussichtsreicher Listenplatz. Platz 31 für Enrico Kreft (Foto oben) ist weniger aussichtsreich, aber acht Sitze mehr als bisher müssten doch zu schaffen sein. Allerdings sind sie mit diesen Plätzen nicht namentlich auf dem Wahlzettel zu finden – auf dem sind nur die ersten zehn Kandidaten mit Namen vertreten.



CDU und CSU treten mit Landeslisten an, da sie sich sonst auf dem Wahlzettel gegenseitig Konkurrenz machen würden. Auf dem Wahlzettel, den wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner am 25. Mai ausgehändigt bekommen, steht also bei der CDU der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat auf Platz 1, bei den Sozialdemokraten der bundes- und europaweite Spitzenkandidat Martin Schulz.

Zu kompliziert? Es geht auch einfacher

- ⊗ **Kreuz bei der SPD, dann sind Martin und Ulrike gewählt.**
- ⊗ **31% der Wähler machen ihr Kreuz bei der SPD, dann schicken wir auch Enrico nach Brüssel!***

*Nach neuesten Umfragen liegt die SPD zurzeit bei 29 % der Stimmen, mit gut 30% ist Enrico gewählt. Zwei Prozent mehr können wir mit einem engagierten Wahlkampf erreichen!

Und wen schicken wir nach Straßburg? Siehe Seite 8 ■



SCHLESWIG-HOLSTEIN UND EUROPA

ZWEI, DIE NICHT NUR IM JAHR DER EUROPAWAHL ZUSAMMENGEGEHÖREN!

Foto © Landtag Schleswig-Holstein



Nicht nur im Jahr der Europawahl (nicht vergessen: 25. Mai!) steht im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Europapolitik im Blickpunkt.

Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur um die Frage: „Was habe ich davon?“

Natürlich profitieren Schleswig-Holstein und unsere

Kommunen und Aktiv Regionen von den europäischen Strukturfonds. Manche Entwicklung im ländlichen Raum wäre ohne EU-Mittel nicht möglich gewesen, und auch in der jetzt begonnenen Förderperiode 2014 bis 2020 wird das so sein.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es um mehr: Es geht um die Grundfreiheiten und Grundwerte der EU! Ohne Zweifel treibt uns die Sorge um, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise Folgen für das europäische Projekt haben könnte oder schon hat. Wir nehmen wahr, dass eine Krise der Europäischen Institutionen eine sinkende Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern nach sich zieht und damit eine Gefahr für das europäische Projekt insgesamt bedeuten kann. Die Diskussion und Abstimmung über Genmais hat das jüngst gezeigt.

In Schleswig-Holstein haben wir viele und gute Erfahrungen mit der europäischen Idee. Wir wissen um die Vorteile von Arbeitnehmerfreizügigkeit, gerade in den Grenzgebieten zu Dänemark im Landesteil Schleswig und bei uns in der Fehmarnbeltregion. Die Mobilität von Arbeitskräften sozial auszugestalten, ist unser großes Anliegen. Dazu gehört auch eine Angleichung der sozialen Sicherungssysteme – bei Aufrechterhaltung hoher Standards selbstverständlich! Auch das Mehrwertsteuersystem und die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Steuerhinterziehung sowie der Grundsatz der gleichen Entlohnung für Frauen und Männer gehören in diesen Kontext. Das alles ist lösbar und bringt den Menschen beiderseits der Grenze Vorteile! Mit großer Sorge betrachte ich deshalb das Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz.

Solidarität bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch Solidarität in der Flüchtlings- und Asylfrage. Wir wissen, dass niemand freiwillig gern seine Heimat verlässt – es sei denn, Hunger und Krieg zwingen zu diesem Schritt. Es ist unsere Verantwortung, deutsch wie europäisch, diese Menschen willkommen zu heißen.

Wirtschaftlich wird Deutschland in der Welt nicht allein zurechtkommen, geschweige denn überhaupt wahrgenommen werden. Als Teil Europas schon! Übrigens profitiert Deutschland in ganz erheblichem Maße vom europäischen Binnenmarkt. Das sollte niemand leichtfertig preisgeben. Europa ist eine Wirtschaftsmacht, aber eben nur als europäische Union. Und gemeinsam können wir ein (grundsätzlich

sinnvolles) Freihandelsabkommen mit den USA aushandeln.

Bei der Ausgestaltung haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klare Vorstellungen, die unter anderem europäische Sozial-, Arbeitsrechts-, Verbraucherschutz-, Naturschutz- und Umweltschutzstandards betreffen, genauso wie Fragen des Datenschutzes und ein transparentes Zustandekommen dieses Abkommens. Werden die nicht gesichert, soll es aus unserer Sicht kein Freihandelsabkommen geben!

In einer Landtags-Besuchergruppe fragte mich vor kurzem ein Schüler, wie Europa von Schleswig-Holstein profitieren könne. Meine Antwort lautete: Von guter Minderheitenpolitik! In Schleswig-Holstein genießen die hier lebenden Minderheiten der Friesen, der Sinti und Roma sowie der dänischen Minderheit den Schutz unserer Verfassung. Die dänische Minderheit ist mit Sitz und Stimme nicht nur im Landesparlament, sondern seit 2012 auch in der Regierung vertreten.

Wir unterstützen von ganzem Herzen die europäische Bürgerinitiative für Minderheiten, die Minority Safepack Initiative. Die Initiative wurde von der Europäischen Kommission abgelehnt, die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV, mit Sitz in Flensburg) hat dagegen Klage eingereicht. Wir erörtern zurzeit die Erfolgsaussicht einer Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein. Wie wir in Schleswig-Holstein mit den hier lebenden Minderheiten umgehen, wird in Europa mit Neugier betrachtet, diese Erfahrung mache ich im Ausschuss der Regionen. Ich hoffe, dass andere Regionen unserem Beispiel folgen werden! ■

Regina Poersch, MdL



Foto © European Union 2014 EP

FAKTEN ZUR DISKUSSION

GEBURTSTATION OLDENBURG

Zur derzeitigen Diskussion über den Erhalt der Geburtsstation in Oldenburg erkläre ich als SPD Landtagsabgeordneter und finanz- und fischereipolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion und Kreisvorsitzender der SPD Ostholstein:

Aufgrund einer Studie der Magdeburger Universitäts-Kinderklinik und des Kommentars des Verbandes der Ersatzkassen ist auch die Geburtsstation der Sanaklinik in Oldenburg ins Gerede gekommen. In diesem Bericht wurde ermittelt, dass Geburtsstationen unter einer Geburtszahl von weniger als 500 Geburten ein höheres Risiko für die Mütter und die Neugeborenen mit sich bringen. Deshalb wird in diesem Bericht festgestellt, dass Geburtsstationen die Qualität und Sicherheit nur dann finanzieren können, wenn mindestens 800 Geburten im Jahr durchgeführt werden.

Ohne dass die Krankenkassen nun speziell die Oldenburger Geburtsstation in Frage gestellt haben, begann eine sehr kontroverse Diskussion über die Geburtsstation Oldenburg. Unterstellungen, dass die Landesregierung, hier die Gesundheitsministerin Alheit, es in der Hand hätte, dass Geburtsstationen geöffnet bleiben oder geschlossen werden, entbehrt jeder Grundlage. Richtig ist, dass es eine landesweite Krankenhausplanung gibt, die bereits seit 2010, also unter schwarz-gelber Regierungsverantwortung, aufgestellt wurde. Danach hat die Sanaklinik Ostholstein eine Geburtsstation zu betreiben. An welchem Standort, ob in Eutin oder in Oldenburg, bleibt ausschließlich der Sanaklinik überlassen. Bei der Privatisierung der damaligen Kreiskrankenhäuser hätte sich der Kreis die Pflicht des privaten Betreibers festschreiben lassen müssen, dass es immer eine Geburtsstation in Oldenburg geben müsse. Dies hat die damalige Mehrheitsfraktion im Kreistag und der heute noch amtierende Landrat versäumt zu verhandeln. Insofern ist es unverschämt, dass die CDU Kreistagsfraktion es wagt, die jetzige Gesundheitsministern zu warnen.

Die Sanaklinik betreibt eine technisch voll ausgestattete Geburtsstation in Eutin und eine weniger vollständig ausgestattete Geburtsstation in Oldenburg. Die Geburtsstation in Oldenburg aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen in Frage zu stellen ist insofern unlauter, weil die Geburtenzahlen in Eutin ebenfalls rückläufig sind. Das sind die Auswirkungen des demografischen Wandels. Richtig ist, dass zum Ende des Jahres eine neue Hebamme für den Standort Oldenburg gewonnen werden muss. Richtig ist auch, dass die Sanaklinik bis Mitte des nächsten Jahres die Stelle des Gynäkologen neu besetzen muss, wenn die Sanaklinik die Geburtsstation in Oldenburg erhalten will. Die Frage stellt sich, ob die Sanaklinik das denn überhaupt will. Darüber hinaus sind aber auch die Fragen der Qualität und der Sicherheit einer Geburtsstation zu klären. Dazu werden Gespräche der Gesundheitsministerin Alheit und der Staatssekretärin Langner mit der Sanaklinik in Ostholstein geführt. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.

Zwischenzeitlich hat die SPD Ostholstein ein Konzept zum Erhalt der Geburtsstationen in Ostholstein (Eutin und Oldenburg) vorgelegt. In einer Klausurtagung der Spitzen der SPD Ostholstein und der SPD Kreistagsfraktion, unter Beteiligung der SPD Ortsvereine Fehmarn und Oldenburg wurde für die

Sicherung der Geburtsstationen in Eutin und Oldenburg folgendes Konzept erarbeitet:

Die Geburtsstation in Oldenburg ist kurzfristig, und die Geburtsstation in Eutin mittelfristig, in ihrem Bestand gefährdet. Viele Faktoren tragen zu der Situation bei. Neben den rückläufigen Geburtszahlen in Oldenburg und Eutin sind auch die wirtschaftliche und personelle Ausstattung mit Beleghebammen sowie die der ärztlichen Gynäkologie Grund dafür. Um die Sicherung der Geburtsstationen im ländlichen Raum längerfristig zu sichern, fordert die SPD Ostholstein und die SPD Kreistagsfraktion,

dass ...

... die Sana Klinik Ostholstein neun Stellen für Hebammen schafft.

- Die Geburtszahlen in Eutin und Oldenburg liegen zuzeit bei rund 1.000 Geburten. Für die Versorgung im Schichtbetrieb in zwei Kreißsälen sind neun Planstellen realistisch.

... die zu schaffenden Stellen in Teilzeit besetzt werden.

- Durch eine Besetzung in Teilzeit können zwischen 15 bis 18 Hebammen angestellt werden (derzeit gibt es rund 16 Beleghebammen in Ostholstein). Die Versorgungssicherheit in den Kreißsälen in Eutin und Oldenburg ist damit gegeben. Angestellte Hebammen müssen die exorbitanten Kosten für die Kreißsaal-Haftpflichtversicherung nicht selbst tragen.

... die einzustellenden Hebammen eine Nebenberufserlaubnis erhalten.

- Die Hebammen müssen für die Vor- und Nachsorge der Mütter und der Neugeborenen nur eine Haftpflichtversicherung abschließen, der Beitrag dafür liegt bei rund 600 €.

... die Notfallversorgung kontinuierlich ausgebaut wird.

- Die bisherige Notfallversorgung für Schwangere muss dahingehend erweitert werden, dass das Rettungskonzept bei Risikoschwangerschaften die weiten Entfernungen von z.B. Fehmarn nach Eutin oder Lübeck berücksichtigt. Ebenfalls ist die besondere Situation mit der Fehmarnsundbrücke (Sperrung bei Sturm) in das Rettungskonzept aufzunehmen.

... ein Leitfaden für Schwangere in Ostholstein erstellt wird.

- Der Berufsverband der Frauenärzte e.V. und die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe sollen einen Leitfaden für Schwangere in Ostholstein erstellen. Der Leitfaden wird von den Frauenärzten an die Mütter verteilt. Der Leitfaden umfasst mindestens:
- die notwendigen Telefonnummern der Frauenärzte, der Hebammen sowie der Notrufnummern
- einen Notfallplan für außergewöhnliche Ereignisse während der Geburt
- ...

Mit diesem tragfähigen Konzept wollen wir dazu beitragen, dass der ländliche Raum gestärkt wird und interessant für weiteren Zuzug bleibt.

Lars Winter
SPD Kreisvorsitzender

SOZIALABBAU DURCH KÜRZUNGEN IM BUND



Foto © Birgit Steingraber-Klinke

Die Erkenntnis der SPD-Kreistagsfraktion nach einem Informationsgespräch mit Karsten Marzian, dem Geschäftsführer des Jobcenters Ostholstein, war eindeutig: Die alte Bundesregierung ist ihrer immer wieder herausgestellten Absicht, möglichst vielen Hartz IV Empfängern wieder eine Chance auf Arbeit zu eröffnen, nicht nachgekommen. Im Gegenteil sind in den

letzten Jahren die dafür zunächst noch zur Verfügung gestellten sogenannten arbeitsmarktpolitischen Mittel schrittweise drastisch gekürzt worden. Es ist kein Geheimnis, dass diese Gelder zur kurzfristigen Realisierung finanzpolitischer Ziele unter dem Diktat der Schuldenbremse geopfert wurden. Konkret bedeutet das den Verzicht auf fiskalische Rendite in der Zukunft durch nachhaltige Sozialpolitik oder Sparen an der falschen Stelle. Deswegen hat auch das Jobcenter Ostholstein immer weniger Finanzmittel für seine aktive Arbeitsmarktpolitik für die langzeitarbeitslosen Frauen und Männer in Ostholstein zur Verfügung. Hinzu kommt, dass die Bundesprogramme „Bürgerarbeit“ und „50plus“ in diesem und im nächsten Jahr auslaufen. Das hat zur Folge, dass insbesondere viele soziale Einrichtungen wie die Tafeln, Sozialkaufhäuser, die Naturpark Ranger, der Busbegleitsdienst und andere den Menschen helfende Organisationen erheblich weniger Langzeitarbeitslosen eine Chance geben können.

Ergebnis: Mehr Hartz IV Empfänger als bisher bleiben auf sich gestellt, können keiner sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen und erwerben keine Rentenansprüche. Viele Funktionen einer aktiven solidarischen Gesellschaft werden in Frage gestellt. In Ostholstein betrifft das potentiell rund 1.000 Frauen und Männer, die aus verschiedenen Gründen bisher leider nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Der Geschäftsführer konnte sehr beeindruckend die vielfältigen Bemühungen der Mitarbeiter

und Mitarbeiterinnen des Jobcenters darstellen, mit denen in den vergangenen Jahren in Ostholstein der Dritte Arbeitsmarkt Arbeitssuchenden mit Handicaps sehr geholfen hat und jetzt leider wieder trotz des weiter bestehenden großen Bedarfs eingeschränkt werden muss.

Die SPD-Fraktion unterstützt die von Herrn Marzian vorgestellten Pläne, im Rahmen eines „Passiv-Aktiv-Transfers“ aus Hartz IV Leistungen zusammen mit Lohnkostenzuschüssen in bestimmten Fällen doch wieder entgeltfähige Beschäftigungsverhältnisse auf dem Dritten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Karsten Marzian: „Arbeiten gegen reguläres Entgelt ist immer besser als dauerhaft arbeitslos zu sein.“

Wir müssen alle bundesweit Druck machen, denn wir können und wollen es nicht zulassen, dass Langzeitarbeitslose vielleicht noch 20 Jahre mit Hartz IV stigmatisiert zu Hause sitzen, um anschließend als Rentner Sozialhilfe zu erhalten, wenn sie doch ihre Fähigkeiten als wertgeschätzte Kolleginnen und Kollegen einbringen könnten und wollen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Große Koalition (CDU/SPD) dem sozialpolitischen Kahlschlag wie vorgesehen entgegenwirkt. In diesem Zusammenhang kann es nur als peinlich bezeichnet werden, dass der abgelösten Bundesregierung jetzt auch noch vom Europaparlament eine unzureichende Umsetzung gemeinsam beschlossener Reformempfehlungen vorgehalten wird. So habe die Bundesregierung zu wenig getan, um Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren und benachteiligten Bevölkerungsgruppen würden zu wenig Bildungschancen eröffnet.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang allerdings das Erstaunen des CDU Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens, der ja mit seinen Zustimmungen für mehrere Bundeshaushalte diese Entwicklung aktiv mit verursacht hat. Wenn er über einzelne Auswirkungen nicht im Film gewesen sein sollte, müssten ihn an sich doch die vielen aufklärenden Pressemitteilungen seiner SPD Kollegin im Bundestag Bettina Hagedorn, die er doch so gern abwertend kommentiert, über den nun auch konkret eintretende Sozialabbau aufgeklärt haben. Oder hat er etwa nur selektiv lesen lassen? ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

REDAKTION

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und *Kreisvorsitzender*. Korrektur Gisela Teuchert-Benker, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbrief, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Die Redaktion

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden

JUSOS OSTHOLSTEIN

EUROPA, WAHLEN UND VIELE PLÄNE



Foto © Hellmann, Bad Schwartau

Vom 15. bis 16. Februar trafen sich die Jusos Ostholstein zum zweiten Mal zu einer zweitägigen Klausurtagung zur Jahresplanung. Nachdem wir im letzten Jahr auf Fehmarn getagt hatten, kamen wir in diesem Jahr in der frisch renovierten Jugendherberge in Malente unter.

Wir starteten am Samstagvormittag mit einem kurzen Rückblick auf unsere bisherigen

Aktivitäten seit der letzten Jahreshauptversammlung. Im Anschluss ging es dann richtig los:

Neumitgliederbetreuung, Veranstaltungsplanung und vor allem der anstehende Europawahlkampf – das Programm war gut gefüllt. Unseren Neumitgliedern wollen wir in Zukunft noch mehr Service bieten. Bisher bekommen unsere neuen Jusos bereits ein individuelles Begrüßungspaket, wenn möglich persönlich überbracht. In Zukunft wollen wir zusätzlich noch regelmäßig ein Neumitgliederseminar anbieten, um auch den Einstieg in unsere Strukturen einfacher zu gestalten. Schwerpunkt wird in den kommenden Monaten eindeutig die Europawahl sein, für uns definitiv keine Wahl zweiter Klasse. Neben unseren klassischen Wahlkampfaktionen in den Fußgängerzonen, Verteilaktionen an

den Schulen und Diskussionsrunden über den Verband Politischer Jugend wollen wir auch zeigen, wo vor Ort Europa drin steckt. Dabei wollen wir versuchen, online und offline zu verknüpfen und den Wahlkampf genauso in den sozialen Netzwerken wie auch in unseren ostholsteinischen Dörfern und Städten zu führen.

Am zweiten Tag unserer Klausurtagung ging es um die **Vorbereitung der Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein**, die Anfang März in Mölln stattfinden wird. Pünktlich zur Vorbesprechung von zahlreichen Anträgen konnten wir auch Lars Winter als Gast begrüßen. Nach dem Mittag hatten wir uns dann die Kandidat_innen für den stellvertretenden Landesvorsitz eingeladen. In einer intensiven Frageunde ging es um die Ideen und Planungen der künftigen Landesvorstandsmitglieder. In diesem Jahr für uns besonders spannend, da ich mich als Landesvorsitzender der Jusos bewerbe.

Nächster Termin ist unsere Mitgliederversammlung am 7. März in Scharbeutz. Sowohl Jan-Marco Höppner (Damlos), bisher unser Social-Media-Beauftragter, als auch Julian Stange (Sereetz), bislang stellvertretender Kreisvorsitzender, bewerben sich als neue Kreisvorsitzende. Für uns steht also eine spannende Wahl an. Eventuell werden dadurch auch weitere Nachwahlen von Vorstandsmitgliedern nötig. ■

Niclas Dürbrook
Juso-Kreisvorsitzender

Foto © Björn Frohne



ASF OSTHOLSTEIN

JAHRESPLANUNG 2014



Bei der letzten Sitzung der AsF Ostholstein wurde das **Schwerpunktthema Zukunft für Frauen im ländlichen Raum** festgelegt. Dieses Thema soll in Verbindung mit den Erfordernissen des Breitbandausbaus erarbeitet werden; dafür hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus Swantje Meininghaus, Susanne Böttcher, Beate Müller-Behrens

und Christina Vadersen-Marohn besteht.

- Mit der demografischen Entwicklung im Kreis wollen sich die sozialdemokratischen Frauen ebenfalls beschäftigen. Ute Stahl wird diese Arbeit vorbereiten.

Diskutiert wurden jedoch auch andere Themen wie

- Willkommenspolitik für Flüchtlinge, • Altersarmut,
- Klimaschutz, • bezahlbarer Wohnraum,
- Arbeitnehmerrechte bei internationalen Konzernen und
- das neue Rentenpaket der Bundesregierung. Hierzu ist eine Veranstaltung mit Fachleuten geplant.

Ein weiterer Schwerpunkt der AsF-Arbeit soll die Vernetzung mit anderen Kreisverbänden in Schleswig-Holstein sein. Die Vorbereitungen dafür laufen gut an. Angedacht sind auch gemeinsame Veranstaltungen mit Frauen aus anderen Kreisen, vorgesehen ist als erstes ein Treffen mit den lauenburgischen SPD-Frauen.

Termine

Am Sonnabend, dem 8. März 2014 – Internationaler Frauentag – werden AsF Frauen von 10 bis 12 Uhr auf den Wochenmärkten in Eutin und Oldenburg Rosen verteilen. In Eutin wird die Landtagsabgeordnete Regina Poersch dabei sein.

Mitgliederöffentliche Vorstandssitzungen finden jeweils um 19 Uhr in Süsel in der Haasendiele an folgenden Terminen (immer donnerstags) statt: 6. März, 15. Mai, 3. Juli und 11. Dezember.

Am 28. August treffen sich die SPD-Frauen zu ihrer Jahreshauptversammlung um 19 Uhr in der Haasendiele.

Am 15. November wird auch die ostholsteinische AsF Delegierte zur Landesfrauenkonferenz entsenden, die in diesem Jahr in Lübeck stattfinden wird. ■

Gisela Teuchert-Benker

Kreisvorsitzende der AsF Ostholstein

ENRICO NACH BRÜSSEL UND ZWEI WAHLKÄMPFER_INNEN NACH STRAßBURG

Der Kreisvorstand sucht eine originelle, aufsehen erregende, öffentlichkeitswirksame, sympathische ... Wahlkampfaktion für die Europawahl.

Die Umsetzung der besten Idee wird vom Kreisvorstand finanziert und mit einer Reise nach Straßburg honoriert. Voraussetzung ist, dass die Idee vor dem 25. Mai in Ostholstein realisiert wird. Mitmachen kann jedes Mitglied der SPD und aller europäischen Schwesterparteien.

Unter den weiteren Einsendern der besten Ideen werden vom Kreisvorstand Ostholstein verschiedene Wahlkampfpakete nach einem unvorhersehbaren System* verlost.

Die Jury bilden alle Mitglieder des Wahlkampfteams, der geschäftsführende Kreisvorstand und Gesa Grube-Bente vom Europabüro.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, die Gewinner_innen werden persönlich benachrichtigt, über die beste Idee berichten wir nach der Wahl.

Der Vorschlag muss bis zum 17. März 2014 bei der SPD Geschäftsstelle in 23701 Eutin, Lübecker Strasse 6 oder kv-ostholstein@spd.de eingehen.

** Jede Idee wird auf einem Blatt Papier notiert, daraus werden Flieger gefaltet. Die Preise und Nieten (insgesamt zehn Positionen) werden vom jüngsten Jurymitglied blind nummeriert. Dann starten die Flieger zum Zielflug. Die Platzierung wird auf dem Rumpf notiert und den Nummern der Preise bzw. Nieten zugeordnet. Platz 1 kann also eine Niete, ein großes oder kleines Wahlkampfpaket sein.*

KREISVORSTAND UND KREISTAGSFRAKTION NEUJAHRSEMPFANG 2014

Am 5. Februar 2014 haben wir unseren zwischenzeitlich wieder traditionellen Neujahrsempfang gefeiert. Zu Gast waren wir im Kastanienhof in Oldenburg. Das Förderzentrum Kastanienhof besteht seit 1977 und beschult mit den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperliche und motorische Entwicklung.



In meiner Begrüßung der rund 170 Gäste und einem kurzen Rückblick des letzten

Jahres und einem Ausblick auf das kommende Jahr in dem ich besonders auf unseren Erfolg des trägerunabhängigen Pflegestützpunktes eingegangen bin. Zehn Jahr haben wir dafür gekämpft. Die Kreistagsfraktion hat immer wieder entsprechende Anträge eingereicht und viele Gespräche geführt. Auch Sandra Redmann (Mdl), die AsF und die AG60+ haben sich stark



eingebraucht. Und nun wird der Pflegestützpunkt in diesem Jahr mit Außenstellen in Oldenburg und Stockelsdorf in Eutin eingerichtet. Ein toller Erfolg.

Für 2014 steht im Wesentlichen der Europawahlkampf auf dem Programm. Weiterhin werden wir die Gespräche mit den Vereinen und Verbänden fortführen.

Dann kam unser Ehrengast zu Wort. Bildungsministerin



Wara Wende beschrieb in ihrer rund 45minütigen Rede das Verfahren zum neuen Schulgesetz. Dabei ging sie auf den großen Dialog mit den verschiedenen Verbänden und den weiteren Partnern ein, der auch zu diesem guten Ergebnis geführt hat. Daneben ging Wara Wende auf die kommenden Aufgaben ein. So stehen die Novellierung des Hochschulgesetzes und die neue Lehrerausbildung an. Ebenso berichtete sie von ihrem Vorhaben, die Schulnoten für die Grund- und Gemeinschaftsschulen abzuschaffen, wenn die Schulkonferenzen dies umsetzen können. Anstelle der Schulnoten kom-



men dann individuelle Berichte für jede Schülerin und jeden Schüler. Für die Grundschule werden auf dem Erlasswege die individuellen Berichte Pflicht, auch wenn die Schulkonferenzen an den Schulnoten festhalten wollen.

Erst Tage später ist diese Neuerung von der Landespresse aufgenommen worden und wird jetzt sehr kontrovers im Land diskutiert. Wieder einmal steht unser Neujahrsempfang für die Veröffentlichung neuester politischen Ziele. So



wurde die Rente mit 67 von Franz Müntefering auf unserem Neujahrsempfang 2006 in Neustadt erstmals der Öffentlichkeit bekannt gegeben und nun die Schulnoten in Schleswig-Holstein. Auch diese Tradition kann gern fortgeführt werden. Im Anschluss gab es Suppe zur Stärkung für die Gespräche. Die Mollies haben uns temperamentvoll musikalisches Vergnügen bereitet.



Ich danke allen Beteiligten, die zum Gelingen des Neujahrsempfangs beigetragen haben, insbesondere unserem Kreisgeschäftsstellenmitarbeiter Joerg Schimeck, den Mitgliedern des Kreisvorstands und den Jusos. ■

Lars Winter
Kreisvorsitzender

